

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1800)

Rubrik: Vollziehungs-Ausschuss

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Montag, den 4 August 1800.

Erstes Quartal.

Den 15 Thermidor VIII.

An die Abonnenten.

Da mit dem St. 78 das erste Quartal des neuer
Republikaners zu Ende geht, so sind die Abon-
nenten ersucht, wann sie die Fortsetzung ununterbro-
chen zu erhalten wünschen, ihr Abonnement für das
zweite Quartal mit 4 Fr. in Bern, und 5 Fr. postfrei
außer Bern, zu erneuern.

Vollziehungs-Ausschuß.

Beschluß vom 4. Juli.

Der Vollziehungsausschuß der einen und untheilba-
ren helvetischen Republik, nach angehörtem Berichte
seines Ministers der Künste und Wissenschaften über ein
Schreiben des hochfürstlichen bischöflichen Constanzi-
schen Geistlichen-Raths vom 24. May 1800 an den Bürger
Müller, bischöflichen Commissarius in Luzern, in wel-
chem er aufgefordert wird, den Bistumsclerus seines
Commissariats auf zwey Druckschriften über das
Mönchsthum, als irriger, anstößiger und beleidigender
Schriften, aufmerksam zu machen, denselben nach-
drucksam zu erinnern und anzuweisen, diese aufrührer-
ischen Schriften so viel immer thunlich, einzusammeln,
ihre fernere Umherbietung zu verhindern, und die an
die Hand gebrachten Schriften auf die Seite zu schaf-
fen, auch die jedem anvertrauten Pfarrgenossen, mit
gehöriger Bescheidenheit und Pastoralklugheit vor die-
sen und ähnlichen mit Irrlehren und Verläumdungen
angefüllten Schriften zu warnen, und von der Befol-
gung dieser Willensmeinung Bericht nach Constanz zu
ertheilen;

In Erwägung, daß die in diesem, ohne Vorwissen
der Regierung, an den helvetischen Clerus Constanzi-
scher Diöcese erlassenen Schreiben, den Pfarrern ge-
gebenen Aufträge mit den Grundsätzen der helvetischen

Verfassung nicht übereinstimmen, in die Rechte der
Regierung eingreifen, neue Keime des gegenseitigen
Verdaches und der Zwietracht unter der Geistlichkeit
und dem Volke in einem Zeitpunkt austreuen, wo
die Gemüther besänftigt, und nicht gegen einander
noch mehr gereizt werden sollen, und also die Stö-
rung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben können;

b e s c h l i e ß t:

1. Es wird jedem bischöflichen Commissär der Con-
stanzisch-bischöflichen Diöcese in der Schweiz ver-
boten, obiges Schreiben der bischöflichen Curia
dem unter ihm stehenden Clerus mitzutheilen, so
wie auch diesem es in Vollziehung zu setzen, unter
Androhung gesetzlicher Strafe.
2. Der Minister der Künste und Wissenschaften ist
mit der Bekanntmachung gegenwärtigen Beschlus-
ses beauftragt.

Folgen die Unterschriften.

Beschluß vom 29. Juli.

Der Vollziehungsausschuß, nach angehörtm Be-
richte seines Ministers der Künste und Wissenschaften
über die Petition der Municipalität Flüelen, daß ihr
zur Unterhaltung eines Schullehrers in ihrer verarmten
Gemeinde eine Unterstützung gereicht werden möge;

Erwägend, daß des Schulmeisters Wohnung zu
einer Caserne umgeändert ward, und nach Entweichung
des alten, ohne Besoldung kein neuer Lehrer gefunden
werden mag;

Besorgt für die Fortsetzung des öffentlichen Unter-
richts in dieser Gemeinde;

b e s c h l i e ß t:

1. Der Gemeinde Flüelen sollen aus dem National-
Schazamte zur Besoldung eines Schullehrers für
das folgende Schuljahr vom 1. Sept. angefangen

bis zum 1. Sept. 1801, doch ohne Folgen für die Zukunft, und bloß als Vorseuer in der Noth, 200 Franken abgereicht werden.

2. Der Minister der Künste und Wissenschaften ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt. Folgen die Unterschriften.

Beschluß vom 29. Juli.

Der Vollziehungsausschuß, nach angehörtm Berichte seines Ministers der Künste und Wissenschaften, über die Vorstellung der Verwaltungskammer des Cantons Baden, daß ihr die Besetzung der erledigten Dignitäten an dem Collegiatstifte zu Zurzach gleich andern Pfründen überlassen werde;

Erwägend, daß die Verwaltungskammer hiefür keineswegs an die Stelle der ehemaligen Landvögte getreten ist;

Erwägend, daß das den Verwaltungskammern überlassene Recht der Wiederbesetzung erledigter Pfründen, sich nicht auf die Dignitäten erstreckt, deren Verleihung ihrer Wichtigkeit wegen die Regierung sich selbst vorbehielt:

b e s c h l i e ß t:

Ueber die Vorstellung der Verwaltungskammer von Davon zur Tagesordnung zu gehen, darauf gegründet, daß die Dignitäten an den Collegiatstiften, als da sind Probstey, Dekanat, Custorey, Scholasterie, wo sie bey den Stiften existieren, und dem Staate das Wiederbesetzungsrecht zusieht, sich die vollziehende Gewalt selbst unmittelbar zu besetzen vorbehält. Welches der Minister der Künste und Wissenschaften der Verwaltungskammer des Cantons Baden kund thun wird.

Folgen die Unterschriften.

Beschluß vom 30. Juli.

Der Vollziehungsausschuß der helvetischen Republik, In Erwägung, daß das von den Abgeordneten der Gemeinde Solothurn unterm 25. dieß eingelegte Memorial Forderungen von einem grossen Umfange und Unbestimmtheit enthält, welche nur für einswelten gestellt sind, und also vorbehalten scheint, noch mehrere Gemeindguts-Ansprachen nachfolgen zu lassen;

In Erwägung, daß die Regierung die Sönderungsgeschäfte mit den ehemals regierenden Städten nicht mehr auf eine partielle und folglich incoherente Weise behandeln kann;

In Erwägung aber, daß sie den Wünschen der Ge-

meinde Solothurn durch eine gänzliche und definitive Sönderung des dortigen Staats- und Gemeindgutes mit erster Möglichkeit zu entsprechen geneigt ist,

b e s c h l i e ß t:

1. Die Gemeinde Solothurn ist einzuladen, ihre Gemeindguts-Ansprachen vollständig und in einer begründeten Denkschrift zu übergeben.
2. Die Sönderung soll in möglicher Bälde, doch nach der Reihe der dießfälligen Ansuchen vorgenommen werden.
3. Bis dorthin soll über die Gegenstände ihrer eingelegten Forderungen keine Veräußerung statt haben, die Klostersgüter aber nicht minder nach dem allgemeinen Klostergesetz behandelt werden.
4. Die Bürger Fischer und Manuel sollen in einer Frist von 2 Wochen das Resultat ihrer Arbeit dem Ministerio behändigen.
5. Der Schaffner des St. Katharina Hauses soll in gleicher Zeit vor einem Committirten der Verwaltungs-Kammer, und einem andern der Gemeindkammer, Rechnung ablegen, und eine Abschrift derselben an das Finanzministerium gesendet werden.
6. Dem Finanzministerium ist die Bekanntmachung dieses Beschlusses an die Verwaltungskammer und an die Abgeordneten der Gemeinde, und die Ausführung desselben aufgetragen.

Folgen die Unterschriften.

Gesetzgebung.

Senat, 28. Juli.

(Fortsetzung.)

Genhard bezeugt das nemliche von seinem Canton. Dennoch würde er noch izt zur Aufhebung des Blutzugs stimmen; dagegen wünscht er im Civilcodex Verfügungen zur Abwendung übereilter Verkäufe.

Lüthard. Es ärgert mich nicht, daß die Vollziehung Aufschlüsse über ein unvollständiges Gesetz verlangt, viel eher aber, daß man auch diesen Anlaß benützen will, um gegen die Vollziehung loszuziehen. Es war nicht bestimmt aus dem Gesetz zu ersehen, ob das Recht des Zugs auch bey früher geschenehmten Käuffen, bey denen aber der Termin des Zugs noch nicht vorüber, aufgehoben sey? Es sind über diese Frage schon zahlreiche Prozesse entstanden. Ich nehme den Beschluß an.